

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

97. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 11. März 2004

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN: **Pläne der CDU/CSU zu Einschränkungen im Arbeits- und Tarifrecht**

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile der Kollegin Petra Pau das Wort.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Union will die Verbindlichkeit von Tarifverträgen aufheben und den Kündigungsschutz in den ersten vier Beschäftigungsjahren sowie für ältere Arbeitnehmer abschaffen. Sie will ein generelles Recht auf unbezahlte Mehrarbeit und für Langzeitarbeitslose Löhne unter Tarif einführen. Das waren die Meldungen vom Wochenende. Die Union nennt das „Weichen stellen für Deutschland“. Die PDS im Bundestag nennt das: zurück zum Manchester-Kapitalismus.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Engels und Marx!)

Denn nach Ihren Plänen würden die Arbeitnehmer zum Freiwild und der Sozialstaat endgültig zum Trauerfall.

Nun höre ich wohl, nichts werde so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Aber das ändert nichts am Kurs, den die CDU und die CSU einschlagen wollen. Das gilt übrigens nicht erst seit heute; ich weiß gar nicht, warum Sie am Wochenende so lange gerungen haben. Ich empfehle Ihnen sehr den so genannten Zukunftsbericht der Freistaaten Bayern und Sachsen aus dem Jahre 1997. Bereits dort wurde all das festgehalten und vorgeschrieben, was Sie jetzt feilbieten: eine massive Entlastung der Unternehmer, eine drastische Belastung der Arbeitnehmer, der Abschied vom Solidarprinzip und die Privatisierung aller sozialen Risiken. Obendrein soll in den neuen Bundesländern getestet werden – auch das steht in diesem Zukunftsbericht und jetzt in Ihrem „Weichenpapier“ –, was später auch den Alten blüht: Sozialabbau für große Teile der Bevölkerung.

Ich weiß: Der FDP geht das alles viel zu langsam. Jedenfalls hat mich nicht überrascht, was der Kollege Brüderle heute hier vorgetragen hat.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Gewundert habe ich mich lediglich über den Aufschrei bei der SPD; denn fast alles, was im genannten Zukunftsbericht der CDU/CSU steht, ist schon heute Bestandteil ihrer unsozialen Agenda 2010.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Beispiele nenne ich Ihnen gern: die Kürzung der Arbeitslosenhilfe; den angedrohten Zwang zur Arbeit, egal zu welchen Bedingungen.

Das alles schafft aber keine Arbeit; es entwertet Arbeit. Das hindert die CDU/CSU allerdings nicht daran, populistisch auf Dummenfang zu gehen, etwa mit der Parole: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Das klingt zwar wohlfeil, es stimmt nur nicht: Dadurch wird keine Arbeit geschaffen, sondern man lässt sie nur zu Dumpinglöhnen verrichten. Das schafft wiederum Armut. Früher nannte man das Ausbeutung. Heute heißt das Reform oder „Weichen stellen für Deutschland“. Für ein Drittel der Bevölkerung – auch das steht übrigens schwarz auf weiß im genannten Zukunftsbericht – heißt das angestrebte Ziel allerdings Abstellgleis.

Sie wissen wahrscheinlich, dass am 3. April in Köln, in Stuttgart und vor allem hier in Berlin Zigtausende Menschen gegen die Zerstörung des Sozialstaates demonstrieren werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich finde, zu Recht. Angesichts Ihrer Pläne und dessen, was unter der Überschrift „Agenda 2010“ firmiert, kann ich nur dazu auffordern: Geht auf die Straße!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Pass auf, dass du dabei nicht unter die Räder kommst!)